

KOMMENTAR Hansmartin Schmid über zwei kaum beachtete historische Ereignisse in Graubünden

## Nur gewöhnlich historisch oder wirklich historisch?

**K**lar, mit dem Begriff «historisch» sollte man sorgfältig und sparsam umgehen. Einige Kollegen vom Sport haben ihn für den dreifachen Triumph der Schweizer Mountainbikerinnen in Tokio verwendet... und sind dafür von anderen Kollegen mit Gegenbeispielen aus der Vergangenheit kritisiert worden. Trotzdem sei es gewagt, denn in Graubünden haben in diesem Jahr, von der Öffentlichkeit kaum richtig wahrgenommen, zwei wirklich historische Ereignisse stattgefunden: das endgültige Verschwinden der einst glorreichen «Demokratischen Partei Graubünden» und das wohl endgültige Scheitern des Sprachexperiments Rumantsch Grischun.

Die «Demokratische Partei Graubünden» – so ihr offizieller Name – war einst in der sozialen Krise nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Landestreich als Bewegung der Bergbauern, Beamten und sozial gesinnter Juristen und Lehrer gegen die Übermacht der «Grossbauern-, Hotelier-, Finanz- und Offizierskaste» (Andreas Gadiant) der Freisinnigen entstanden. Aus relativ kleinen Anfängen stieg sie dann

in der zweiten grossen Krisen, der Weltwirtschaftskrise ab 1929, zur grössten Partei Graubündens mit zwei Regierungsräten, einem Ständerat und drei von damals sechs Bündner Nationalräten auf. Ja, sie wurde in den langen erfolgreichen Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg mit ihren Bündner Forderungen in den Augen der Schweiz zu der Bündner Partei, zur ureigensten Vertreterin des Kantons. Vielleicht gerade deshalb gelang ihr allerdings der grosse gesamtschweizerische Sprung nicht, ausser der Verbindungen in den Kanton Glarus und zur allerdings immer mehr nachlassenden Bewegung der Zürcher Demokraten aus Winterthur, die sich schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts gegen die Vormachtstellung der Stadt Zürich und das «System» des dominanten Stadtzürchers Alfred Escher zusammenschlossen hatten, woher dann auch der Name «Demokratische Partei» stammte.

Die Bündner Demokraten im nationalen Parlament fühlten sich deshalb zunehmend isoliert, was dann 1971 zum Zusammenschluss mit dem Bauern-Gewerbe und der Bürgerpartei (BGB) zur schweizerischen SVP führte. Schon damals beschlossen die Bündner Demokraten bei ihrer Vereinigungsversamm-

lung, am Namen «Demokratische Partei» festzuhalten. Aber nach ein paar Jahren war es damit vorbei, doch auch innerhalb der SVP behielten die alten Bündner Demokraten eine gewisse Sonderrolle und Sondergesinnung, was sich ja



«Ein grossartiges Sprachprojekt geht seinem Ende entgegen.»

dann bei den Ereignissen von 2008 und ihrem Übergang zur Bürgerlich-Demokratischen Partei (BDP) zeigte. Jetzt also die Vereinigung mit der Mitte-Partei. Und auch dieses Mal wollen ein paar aufrechte Altdemokraten den Namen retten, doch er wird mit der «Mitte» nicht überdauern können. Nach knapp mehr als 100 Jahren verschwindet der Name «die Demokraten» endgültig aus der Bündner Politlandschaft, wahrhaftig ein historisches Ereignis.

Wahrhaftig historisch ist aber auch das zweite Bündner Ereignis. Mit dem beginnenden Schuljahr werden Erst- und Zweitklässler der zentralen Region Surses/Albula ihre Schulbüchlein nicht mehr in Rumantsch Grischun, sondern

im heimischen Idiom in den Händen halten. Damit geht ein grossartiges Sprachprojekt, eine Sprache top down, das heisst von oben durch eine Einheitssprache zu retten, seinem Ende entgegen. So wie einst die griechischen Obristen damit gescheitert sind, anstelle des «demotiki» des Volkes die alte Hochsprache «katharevousa» aus den Kirchen diktorial wieder einzuführen. Der Rumantschia scheint nicht zu gelingen, was in Israel – allerdings unter ganz und gar andersartigen Bedingungen – gelungen ist: Aus dem traditionellen Hebräisch der Synagogen und dem Jiddisch der Einwanderer durch Schriftgelehrte und Professoren jenes Ivrit des Volkes zu entwickeln, das jetzt überall im Land gebraucht wird. In Graubünden ist der intellektuelle Versuch eines Zürcher Professors, eine romanische Einheitssprache zu schaffen und von oben her zu implementieren, endgültig am Scheitern – an der Hartnäckigkeit der Idiome, am Widerstand des «Volkes» gegen «die da oben», am schweizerischen Sonderfall der Volksabstimmungen ...

Hansmartin Schmid, Dr. phil., ist nach 30 Jahren Print- und 20 Jahren Fernseh-Journalismus seit 1998 für das BT als Kolumnist tätig.

GASTKOMMENTAR

## Multifunktionale Ökonomiebauten

► LUDMILA SEIFERT über Sinn und Unsinn von Stallumnutzungen

**N**eulich, anlässlich einer Dorfführung in einer bekannten Feriendestination, hatten wir Gelegenheit, über Sinn und Unsinn von Stallumnutzungen zu diskutieren. Das Thema ist seit Inkrafttreten des Zweitwohnungsgesetzes besonders brisant. Denn dieses sieht vor, dass historische Bauten innerhalb der Bauzone, die altrechtlich nicht als Wohnbauten dienen, in Zweitwohnungen umgebaut werden dürfen, sofern sie geschützt oder «ortsbildprägend» sind und es keine andere Möglichkeit für ihre Erhaltung gibt. Als «ortsbildprägend» gelten Gebäude, «die durch ihre Lage und Gestalt wesentlich zur erhaltenswerten Qualität des Ortsbildes und zur Identität des Ortes beitragen». Bauwerke also mit möglicherweise bescheidenem Eigenwert, denen im Siedlungskontext aber eine grosse Bedeutung beigemessen wird. In Bergdörfern betrifft dies potenziell alle in ihrer ursprünglichen Erscheinung noch intakten historischen Stallscheunen. In vielen Bündner Ortschaften machen diese aufs Elementarste reduzierten und archaisch anmutenden Konstruktionen heute noch einen nicht unwesentlichen Teil des Gebäudebestandes aus, auch wenn sie ihre ursprüngliche Bestimmung längst verloren haben.

Allerdings: Ein «ortsbildprägender» Bau darf durch die Umnutzung in seinem Schutzwert nicht beeinträchtigt werden. «Insbesondere die äussere Erscheinung und die bauliche Grundstruktur des Gebäudes» müssen, so will es das Gesetz, «im Wesentlichen unverändert bleiben.» Auf einen landwirtschaftlichen Ökonomiebau übertragen heisst dies: Er muss seine historische Funktion nach aussen abbilden, obwohl er als behagliche Behausung für Menschen einer Wohlstandsgesellschaft ausgebaut ist und weder zur Lagerung des Winterfutters noch dem Vieh als Unterstand dient. Das entbehrt nicht einer gewissen Absurdität. Um die gesetzestreue Umsetzung dieser Bestimmungen zu

«

Gegenwärtig sind die Gemeinden daran, ihre «ortsbildprägenden» Bauten auszuscheiden und tendieren nicht selten dazu, das Maximum herauszuholen.

»

gewährleisten, hat der Kanton für den Umbau von «ortsbildprägenden» Stallscheunen detaillierte Richtlinien ausgearbeitet. Dass dieses normierende Regelwerk der Verwaltung baukulturellen Gewinn abwirft, darf bezweifelt werden, doch hilft es wohl, das Schlimmste zu vermeiden. Gleichzeitig aber verunmöglicht es architektonische Innovation im Sinne konzeptioneller Lösungen, welche die Tatsache reflektieren, dass ein zu Wohnzwecken umgebauter Stall von seinem Wesen her kein Stall mehr ist, sondern ein erheblich verfremdetes Objekt.

Gegenwärtig sind die Gemeinden daran, ihre «ortsbildprägenden» Bauten auszuscheiden und tendieren nicht selten dazu, das Maximum herauszuholen. Dabei könnte die vorgeschriebene Inventarisierung dazu anregen, einen differenzierten Umgang mit den ausgemusterten Hinterlassenschaften einer vergangenen Wirtschaftsweise zu finden – sowohl hinsichtlich ihres Verwendungszwecks als auch der möglichen baulichen Interventionen. Im dichten Dorfkern liessen sich die vorhandenen Ställe etwa als siedlungsbaulich wertvolle Abstandhalter begreifen, die zwischen den privaten Wohnhäusern und dem öffentlichen Raum vermitteln. Als einfache, unkomplizierte Räume ohne festgeschriebenen Inhalt, denen je nach Situation, Bedürfnissen und Umständen unterschiedliche Aufgaben und Bedeutungen beigemessen werden. Sie bloss als unternutzte Kulissen des Ortsbildes zu betrachten, die sich in Zweitwohnungen umfunktionieren lassen, fördert eine Entwicklung, die den Dörfern langfristig wohl kaum zum Vorteil gereichen wird.

Die Kunsthistorikerin LUDMILA SEIFERT ist seit 2010 Geschäftsleiterin des Bündner Heimatschutzes.

## Tests ermöglichen eine fast normale GV

Gegen 2000 Personen haben am Samstag der **Generalversammlung der Ems Chemie Holding AG** beigewohnt.

Für die physische Durchführung betrieb das Unternehmen viel Aufwand.

► PATRICK KUONI

# W

Wenn die Ems Chemie Holding AG zur Generalversammlung (GV) bat, dann kamen in der Vergangenheit die Aktionärinnen und Aktionäre stets in Scharen. Wohl nicht nur, weil sie von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen wollen, sondern auch wegen des Rahmenprogramms. Denn die Gäste werden mit Speis und Trank und musikalischen Darbietungen umgarnt. Im vergangenen Jahr kam es allerdings nicht dazu. Wegen der Coronapandemie musste die GV ins Digitale verlagert werden. Auch in diesem Jahr fanden noch nicht allzu viele GV von Grossunternehmen in physischer Form statt. Die Ems wagte aber den Versuch und führte am Samstag die 58. Generalversammlung wieder im normalen Rahmen durch.

1500 Tests vorrätig

Um dies zu ermöglichen, stellte die Ems in Zusammenarbeit mit der Firma Dräger ein Testzentrum auf die Beine, wo sich Personen ohne Covid-Zertifikat testen lassen konnten. Denn dieses war für den Eintritt verpflichtend. 1500 Tests waren gemäss dem Sicherheitschef Joachim Maigut vorrätig, um die Aktionärinnen und Aktionäre und Gäste in vier Teststrassen auf Covid-19 zu testen. Grosse Hektik brach während dieser Massentestaktion nicht aus. Insgesamt wurden gemäss der Ems-Medienstelle 286 Tests durch-



**Volle Halle:** Die Generalversammlung der Ems Chemie Holding AG zieht in diesem Jahr wieder die Massen an. Kulinarisch und musikalisch wird den Anwesenden einiges geboten. (FOTO DANI AMMANN)

geführt. Gesamthaft wollten knapp 1700 Aktionärinnen und Aktionäre der GV beiwohnen. Damit tauchten – wohl vor allem wegen Corona – deutlich weniger Aktionärinnen und Aktionäre persönlich auf als in anderen Jahren – 2019 waren es mehr als 2600. Deutlich grösser waren hingegen gemäss Maigut das Sicherheitsdispositiv und dementsprechend auch der Aufwand. «Insgesamt waren 70 zusätzliche Helferinnen und Helfer nur wegen Corona vor Ort.»

Auf dem Festgelände und im Inneren des riesigen Festzelts nahm dann alles seinen gewohnten Gang wie vor Corona. Die Zeit bis zum Beginn der GV wurde mit Kaffee und Small Talk überbrückt. Ems-Chefin

Magdalena Martullo-Blocher platzierte sich am Eingang und begrüßte einige der Aktionäre und die zahlreichen Gäste aus Wirtschaft und Politik persönlich. Gleich zum Auftakt der Generalversammlung erhielten die Anwesenden dann etwas auf die Ohren. Urchige Klänge der Formation Appenzeller Echo und des Alphonduetts Gebrüder Frick sorgten ein erstes Mal für Stimmung im Zelt.

Dividenden genehmigt

Gearbeitet wurde dann aber natürlich auch noch. Die Verwaltungsräte wurden in ihren Ämtern bestätigt und der Jahresbericht, die Jahresrechnung 2020/2021 und die Konzernrechnung genehmigt. Punk-

to Geschäftszahlen hatte Martullo-Blocher nach einem schwierigen Jahr 2020 für das erste Halbjahr 2021 viel Positives zu berichten. Die 1,17 Milliarden Franken Umsatz und die 321 Millionen Franken Betriebsergebnis aus der ersten Hälfte des laufenden Jahres sind die höchsten Werte in der 85-jährigen Unternehmensgeschichte. Und Aussichten bleiben – anders als es der Grossteil des bisherigen Sommers war – sonnig. Auch deshalb war wohl die vom Verwaltungsrat vorgeschlagene Dividendenausschüttung von 13 Franken ordentliche und vier Franken ausserordentliche Dividende pro Aktie völlig unbestritten. Kurze Zeit später gehörte die Bühne dann wieder dem Appenzeller Echo.

